

BETRIFFT FRIEDEN Nr. 3 / 2018

STOP KILLER ROBOTS – DIE ZEIT DRÄNGT

*„Werden Roboterwaffen künftig auf dem Gefechtsfeld
das Humanitäre Völkerrecht diskutieren, bevor sie schießen?“*

Vom 27. bis 31. August 2018 fand in Genf zum sechsten Mal ein Staaten/NGO-Treffen zum Thema der autonomen Waffensysteme statt. Seit 2014 wird hier die aktuelle Entwicklung auf diesem Sektor analysiert und nach Möglichkeiten für eine Beschränkung oder für ein Verbot dieser Waffenkategorie gesucht. International ist hier von LAWS (Lethal Autonomous Weapon Systems) die Rede, also von tödlichen autonomen Waffensystemen. Schon längst gibt es unbemannte Flugobjekte (Drohnen) oder Unterwasserfahrzeuge sowie fahrerlose Landfahrzeuge. Die wesentliche „Qualitätsänderung“ ist die Forschung und Entwicklung von Waffen, die ohne menschliches Zutun ihre Ziele auswählen und angreifen können. Ähnliche Produkte können zwar heute bereits als Flugabwehrraketen-Systeme automatisch auf Angriffe reagieren oder sich als Kleindrohnen Schwarm selbstständig vernetzen. Der Mensch kann aber immer noch eingreifen. Eine autonome Waffe, die ihre Aktivitäten nach moralischen oder rechtlichen Vorgaben ausrichtet, gibt es noch nicht.

Moralische Bedenken behindern die Forschung nicht

Die Entwicklung auf diesem Waffensektor schreitet rasant voran. Die zivile Forschung im Bereich der autonomen Kraftfahrzeuge oder der künstlichen Roboterintelligenz sind für die militärischen LAWS-Programme von wesentlicher Bedeutung. Es gilt daher, rechtzeitig auf internationaler Rüstungskontrollebene Schranken zu setzen. Eine Schwelle ist hier die Verhinderung einer völlig vom Menschen unkontrollierten Waffe. Diese Grenze sollte nach Meinung der Kritiker auf keinen Fall überschritten werden. Wenn autonome Kriegsgeräte z.B. nicht mehr zwischen Kämpfern und unbeteiligten Zivilpersonen unterscheiden können oder das sich Ergeben von Kriegsbeteiligten falsch deuten, wird das Humanitäre Völkerrecht wesentlich verletzt. Bei den Militärs und Entwicklern von LAWS haben

sich zwei Denkschulen etabliert. Auf der einen Seite gibt es die klaren Befürworter mit dem Argument, diese Systeme schonten die eigenen Soldaten in einem Krieg und könnten wirkungsvollere und zerstörerischere Kampfmittel einsetzen, ohne eigenes Personal zu gefährden. Die Reaktion im Einsatz erfolge automatisch und blitzschnell. Humanitäre Überlegungen spielen eine untergeordnete Rolle. Auf der anderen Seite stehen ebensolche Befürworter von LAWS mit der Begründung, dass sie Systeme entwickeln wollen, die sehr wohl auf humanitäre Bedingungen auf dem Gefechtsfeld Rücksicht nehmen. Ihre Waffen suggerieren eine neue Art von Krieg, in dem LAWS in rechtlich konformer und gleich menschlicher Art den Einsatz ihrer Waffen entscheiden können. Daher müsse man die Entwicklung dieser „idealen“ LAWS besonders fördern und damit den Krieg „menschlicher“ machen.

(Fortsetzung S. 4)

Um ein regelmäßiges Erscheinen von betriefft frieden sicherzustellen, ersuchen wir unsere Leserschaft um einen entsprechenden Kostenersatz.

Jahresbezug (4 Ausgaben) Euro 16.-- (ermäßigt nach Rücksprache mit der Redaktion Euro 10.--). Mitgliedsbeitrag ÖFR Euro 24.--(erm. 15.--). Spende x

BKAUATWW

BIC: AT15 1100 0002 6371 8900

Kennwort Zeitung

**Danke für Ihren finanziellen Beitrag
ÖFR, Rosensteingasse 69/6, 1170 Wien
pax.vienna@chello.at**

**Bitte teilen Sie uns Adressänderungen
rechtzeitig mit.**

Liebe Leserinnen und Leser!

Jetzt weht ein anderer Wind. Der neuernannte Generalstabschef des Österreichischen Bundesheeres Robert Brieger stellt laut Medienberichten (z.B. WZ 9.9.2018) fest, dass das Heer wieder eine bewaffnete Macht im Staat werden müsse und auch robuste Einsätze beherrschen solle. Das Militär sei die legitimierte Gewaltanwendung eines Staates, so Brieger. Schneeschaukeln, Friedenseinsätze und ein bisschen Heeressport machten das Bundesheer sicher nicht glaubwürdiger. Es bedürfe mehr Übungen im freien Gelände, auch mit scharfer Munition. Brieger kritisiert die verharmlosende Umschreibung der Bundesregierung, die etwa das aktuelle Beschaffungsprogramm (bewaffnete Hubschrauber und gehärtete Fahrzeuge) als „Katastrophenschutzpaket“ bezeichnet hatte. Er fordert mehr Geld und einen auf acht Monate verlängerten Wehrdienst.

Ins selbe Horn blasen auch ehemalige Berufsoffiziere und Militärgeschichtler anlässlich von Vorträgen zum Jahrestag des Einmarsches von Truppen einiger Warschauer Pakt-Staaten im August 1968 in der Tschechoslowakei zur Niederschlagung des sog. Prager Frühlings. Das Bundesheer müsse wieder eine kampferprobte Truppe werden, um solchen Herausforderungen gewachsen zu sein und sich vom Image einer „Rettungsorganisation für in Bergnot geratene Halbschuhwanderer“ lösen. Gleichzeitig geben die selben Personen einen aus den Ereignissen von 1968 für die Landesverteidigung entstandenen evidenten und schweren Glaubwürdigkeitsschaden zu. Ihrer Meinung nach führten die damaligen militärischen Reaktionen auf den Einmarsch zu schweren Irritationen in der Bevölkerung und bis heute zu einem anhaltenden Imageschaden für das Bundesheer. Die damalige ÖVP-Alleinregierung unter Bundeskanzler Josef Klaus, Außenminister Kurt Waldheim, Verteidigungsminister Georg Prader und Innenminister Franz Soronics ordnete zwar die Alarmierung von verfügbaren (Urlaubszeit) Heeres- und Luftwaffeneinheiten an, befahl aber gleichzeitig, einen einsatzmäßigen Abstand von 30 km zur Staatsgrenze zu halten. Die Grenzschutzeinheiten des damals aktuellen Raumverteidigungskonzeptes wurden erst gar nicht einberufen. Die Bevölkerung fühlte sich nach Ansicht der Experten im Stich gelassen. „Motivierend“ sei auch ein Besuch von Minister Prader 1968 bei den Einsatzverbänden gewesen. Er meinte auf die Frage, was sollen wir bei

russischen Angriffen machen: „ein paar Mal schießen und dann weglafen“.

Interessantes gab es Mitte August in der deutschen Zeitung TAZ (14.8.2018) zu lesen. Während derzeit gegen fünf ehemalige Mitarbeiter des deutschen Kleinwaffenherstellers Heckler & Koch wegen angeblich rechtswidriger Waffenlieferungen dieser Firma ein Prozess stattfindet, konnte offensichtlich der Beweis der illegalen Lieferungen mit Wissen der Firma erbracht werden. Die Beschuldigten bestreiten ja zu wissen, was mit den Waffen nach dem Export, im Empfängerland passiert ist. 2006 wurden automatische Gewehre G 36 in Mexiko vorgeführt und in der Folge dorthin exportiert. Sie wurden auch in den Bundesstaaten Guerrero und Chiapas eingesetzt, obwohl damals für Lieferungen dorthin ein Waffenembargo der Europäischen Union bestand. Nun liegen Lieferverträge zwischen der Firma und dem mexikanischen Verteidigungsministerium vor, die diese Bundesstaaten namentlich anführen. Seinerzeit gab es für die Lieferung Bedenken des Auswärtigen Amtes. Die Vorlage eines neuen (gefälschten?) Endverbleibszertifikates, angeblich auf Anraten von Regierungsbeamten, führte dann doch zur Genehmigung. Das für die Letztentscheidung zuständige Wirtschaftsministerium ließ sich die Verträge nicht mehr vorlegen und „verabsäumte“, in den Genehmigungsurkunde auszuschließende Bundesstaaten namentlich anzuführen. betrifft frieden bemüht sich für die Ausgabe 4/2018 um eine Reportage über den Prozess und die Aktivitäten der kritischen Aktionäre bei der Hauptversammlung von Heckler & Koch im September 2018.

In der aktuellen Ausgabe setzen wir die Serie „betrifft frieden stellt vor“ über Organisationen aus dem Friedensspektrum mit dem Internationalen Versöhnungsbund – österreichischer Zweig fort.

Der vorliegenden Ausgabe liegt auch ein Zehrschein bei. Wir ersuchen unsere Leserinnen und Leser den Fortbestand unserer Friedenszeitung durch Ihren Abo-Beitrag, Ihre Spende oder der Mitgliedschaft beim Österreichischen Friedensrat zu sichern. Vielen Dank.

MB ÖFR inkl. Zeitung Euro 24.-- (erm. 15.--). Jahres-ABO betrifft frieden Euro 16.-- (erm. 10.--). Spende x

Manfred Sauer, Chefredakteur

NACHRUF

Am 3. Juli 2018 verstarb Univ. Prof. Dr. Hans Hautmann kurz vor seinem 75. Geburtstag.

Hautmann wurde am 22. August 1943 in Wien als jüngerer zweier Söhne von Rudolf und Leopoldine Hautmann geboren. Hans Hautmann maturierte am Gymnasium Stubenbastei und studierte dann Geschichte und Germanistik an der Universität Wien. Von 1966 bis 1968 war er zunächst ehrenamtlicher Mitarbeiter des drei Jahre zuvor gegründeten Dokumentationsarchivs des Österreichischen Widerstandes, dem er später jahrelang als Kuratoriumsmitglied angehörte. 1969 wechselte er an die Johannes Kepler-Universität Linz an das Institut für Neuere und Zeitgeschichte. 1997 wurde er zum außerordentlichen Universitätsprofessor ernannt und leitete von 2000 bis 2005 dieses Institut.

Hautmann gehörte der Historischen Kommission beim ZK der KPÖ an, wo er auch einige parteigeschichtliche Werke als einer der führenden Autoren verfasste. Viele Jahre wirkte er in der Alfred Klahr-

Gesellschaft, dem Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung. Zahlreiche in den Mitteilungen des Vereins erschiene historische Beiträge, wie auch viele sonstige Publikationen und Aufsätze vor allem aus marxistischer Perspektive erschlossen der Leserschaft eine oft vergessene und verdrängte Welt zeitgeschichtlicher Themen Österreichs im 20. Jahrhundert. Seine präzise Wissenschaftlichkeit war das Produkt aus nimmermüder Forschung und dem großen Wissensschatz über politische und soziale Entwicklungen in allen Gesellschaftsschichten. Hans Hautmann war für Vorträge im Friedensbereich ein begehrter Referent, und der Österreichische Friedensrat betrauert den Tod eines exzellenten Wissenschaftlers und eines besonderen Menschen.

(MS)

DATENSCHUTZ-GRUNDVERORDNUNG WICHTIGE INFORMATION

Im Rahmen unserer Vereinstätigkeit und der Zeitungsredaktion von betrifft frieden verwalten wir Namen, Adressen, Mail-Adressen, in Ausnahmefällen berufliche und Organisationen betreffende Informationen. Diese Daten werden geschützt und nicht an Dritte weitergegeben. Wir verwenden diese Daten nur zu Kommunikation mit den betreffenden Personen, für Mitgliederinformationen, den Zeitungsversand an Mitglieder und Abonnenten, für den Probenummernversand, für Terminbekanntgaben und für das Zahlungs- und Mahnwesen.

Sollten Sie diese Informationen nicht mehr erhalten wollen und eine Löschung Ihrer Daten verlangen, ersuchen wir Sie um eine entsprechende Nachricht. Ansonsten erhalten Sie weiterhin, wie bis dato, unsere Zusendungen und Informationen. Sie können aber auch aktiv Ihr Einverständnis mitteilen.

Redaktion betrifft frieden
Österreichischer Friedensrat,
Rosensteingasse 69/6, 1170 Wien
pax.vienna@chello.at

STOP KILLER ROBOTS – DIE ZEIT DRÄNGT

„Werden Roboterwaffen künftig auf dem Gefechtsfeld das Humanitäre Völkerrecht diskutieren, bevor sie schießen?“

(Fortsetzung von S.1)

Verbotsabkommen ist ein Wettlauf mit der Zeit

Auf UNO- und NGO-Ebene wird verstärkt ein Verbot von LAWS gefordert. Stellvertretend seien hier angeführt die Empfehlungen des Europäischen Parlaments, die Kampagne „Stop Killer Robots“ mit 70 Organisationen in 30 Ländern (u.a. Internat. Rotes Kreuz, Amnesty Intern. oder PAX), die Verbotsauforderung des Vatikans oder die Offenen Briefe von 3.000 Forschern und 240 Technologieunternehmen. Die rüstungsrelevanten Staaten treiben ihre Forschungen und Entwicklungen voran und wollen keinesfalls ein Verbot irgend einer Art akzeptieren. Die Beratungen finden in Genf auf der Ebene des Abkommens gegen Waffen mit besonders inhumanen Folgen (CCW Convention in Certain Conventional Weapons) statt. In diesem Abkommen gibt es mehrere „Protokolle“, die diverse Bereiche wie Brandwaffen, Laserwaffen oder nicht detonierte Munition definieren.

Schon bei den Antipersonenminen war es seinerzeit kaum möglich, in diesem Abrüstungsbereich Fortschritte zu erzielen. Es bedurfte damals einer internationalen Initiative außerhalb der UN-Schiene, um eine Verbotskonvention zu erreichen. Ob es nun gelingt, wenigstens die vollkommen „menschelos“ agierenden LAWS zu verbieten, bleibt weiter unsicher.

Auch das Europäische Parlament diskutiert dieses Thema

Am 11. und 12. September 2018 stand in Straßburg das Thema der LAWS auf der Tagesordnung. Die Hohe Beauftragte für Außen- und Sicherheitspolitik Federica Mogherini war sich in ihrer Rede zwar mit Hinblick auf das Humanitäre Völkerrecht der Problematik des Einsatzes von LAWS bewusst. Aber es geht um ein tatsächliches Verbot von Waffen, die

ohne menschliches Zutun aktiv werden. Im Gegensatz dazu gibt es einen milliardenschweren Topf im Rahmen des EU-Verteidigungsfonds, der vermutlich auch Vorhaben im LAWS-Bereich finanzieren wird. Daher nicht überraschend, dass Abgeordnete mit dem Argument, Europa würde in diesen Waffentechnologien den Anschluss verlieren, sich klar zu weiterer EU-Forschung und Erprobung bekannt haben. Ungeachtet der wenigen Rüstungsbefürworter wurde am 12. September eine Entschließung verabschiedet, in der dringend Verhandlungen für ein LAWS-Verbot gefordert werden. NGOs, Sachverständige und Wissenschaftler sollen in die Verhandlungen eingebunden sein. Es wird angeregt, keine solchen Waffen innerhalb der EU-Staaten in Dienst zu stellen und bezüglich der Rüstungsprogramme der EU einen ähnlichen Standpunkt einzunehmen. Das Abstimmungsergebnis lautete: 566 Ja zu 47 Nein-Stimmen bei 73 Enthaltungen.

Österreichische Mehrstaateninitiative auf CCW-Ebene

Österreich hat zusammen mit Brasilien und Chile in der sogenannten Gruppe der Regierungssachverständigen (GGE) einen Entscheidungsantrag für ein Verbot von LAWS eingebracht. Weitere Länder sollen ins Boot geholt werden. Damit will man die übliche Verzögerungstaktik bei Abrüstungsfragen im CCW umschiffen. So werden ständig neue Argumente zur Definition von LAWS eingebracht. Fällt eine von Menschen programmierte Waffe unter die klassische LAWS-Definition oder wie geht man mit privaten, also nicht staatlichen Produzenten und Anwendern um? Auf welche Weise kann man die rasant verlaufende Forschung und Weiterentwicklung in diesem Bereich vorausschauend berücksichtigen und doch ein rechtzeitiges Verbot durchsetzen?

(MS)

PESCO und Österreich

Im November 2017 unterzeichnete Österreich den Vertrag über die „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO – Permanent Structured Cooperation) zur Aufwertung der EU-Verteidigungsunion. Dieses Abkommen zielt auf eine verstärkte militärische Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union, verpflichtend steigende Aufwendungen für Verteidigung und Rüstung und auf die Aufwertung der europäischen Rüstungsindustrie ab. Mit diesen Maßnahmen sollen die Strukturen und Ausrüstungen beim Militär effizienter und einsatzbezogener gestaltet werden. In Zeiten der unsicheren Außenpolitik der USA müsse man die militärischen Fähigkeiten der EU deutlich stärken, so die allgemeine Begründung. PESCO gehören alle EU-Mitglieder mit Ausnahme von Malta, Großbritannien und Dänemark an. PESCO bietet mehr als fünfzig Kooperationsprojekte an, rund 20 werden derzeit aktuell umgesetzt. Im November 2018 soll über eine weitere Runde entschieden werden.

Österreich beteiligt sich mit Griechenland am Thema „Cyberwar“, zusammen mit Italien wird der Bereich Katastrophenhilfe bearbeitet. Weiters bestehen zwei Projekte mit Deutschland zum Aufbau eines Kooperationszentrums für EU-Trainingsmissionen und für eine Weiterentwicklung im Bereich des grenzüber-

schreitenden Militärtransports. Für 2018 bietet Österreich zwei eigene Projekte an. Das Bundesheer könnte federführend im Aufbau eines europäischen Gebirgskampfbereichs sein. Das zweite Vorhaben betrifft die ABC-Abwehr (atomar, biologisch, chemisch) inklusive Aufklärung mit Fahrzeugen und Drohnen für ein ABC-Lagebild sowie der Einsatz auch bei zivilen Unfällen, wie bei einem Reaktorstörfall. Partnerländer könnten Tschechien, Slowakei, Ungarn und Slowenien sein. Die Beteiligung österreichischer Firmen aus dem Wehrtechnikbereich und von diversen Forschungseinrichtungen ist zu erwarten.

Alle PESCO-Aktivitäten werden von Regierungskreisen als „im Einklang mit der österreichischen Neutralität“ bewertet. Kritiker der sich erweiternden Militarisierung der EU haben da ihre Zweifel. Ob es hier nur um Verteidigungsmaßnahmen oder bereits um Kriegsvorbereitungen geht, diese Frage steht wohl im Raum. Der nicht mehr versiegende Geldstrom für die europäische Rüstungsindustrie und deren Exportambitionen gefährdet eine friedliche Entwicklung in der Welt.

(MS)

ZITAT

Zum Thema gewaltsame militärische Durchsetzung von Anlandeplattformen in Nordafrika, etwa in Libyen (2.9.2018).

Das kolonialistische Zitat:

„Wenn es uns nicht gelingt, Anlandeplattformen in Nordafrika zu errichten, dann ist das auch nach meiner Auffassung mit verschiedenen militärischen und polizeilichen Kräften einfach durchzuführen. Praktisch natürlich mit militärischen Kräften einen Raum in Besitz nehmen, ihn sichern, dort Versorgungseinrichtungen für die Menschen bereitstellen und sie dann in ihre Heimatländer zurückbringen. Eine Besetzung auf Zeit.“

Reinhard Eugen Bösch, Abg. zum NR, FPÖ-Wehrsprecher



Internationaler Versöhnungsbund

Der Internationale Versöhnungsbund wurde in den Augusttagen 1914 – fast zeitgleich mit dem Beginn des Ersten Weltkriegs – gegründet und engagiert sich seither in mittlerweile über 60 Ländern weltweit. In seiner langen Geschichte und in Bemühung um eine Verbreitung des Wissens um gewaltfreie Methoden in der Gesellschaft konnte er u.a. Beiträge zur gewaltfreien Überwindung von Diktaturen und Unrechtsregimen z.B. in Lateinamerika, den Philippinen, Madagaskar und in Osteuropa leisten.

Der österreichische Zweig des Versöhnungsbundes arbeitet als Teil der internationalen Friedensbewegung aktiv gewaltfrei für einen gerechten und nachhaltigen Frieden.

- Er fordert die Abschaffung des Krieges und das Ende der Produktion von Kriegswaffen aller Art.
- Er setzt sich für ein weltweites, solidarisches und auf das Wohl aller Menschen ausgerichtetes Wirtschaftssystem und eine nachhaltige Lebensweise im Einklang mit der Mitwelt ein.
- Er kämpft für eine aktiv gewaltfreie, friedensorientierte, lebens- und menschenfreundliche Politik, in der Solidarität und gleichberechtigte Partizipation zählen.
- Er setzt sich für die Durchsetzung der universellen Menschenrechte und den Respekt gegenüber individuellen und gesellschaftlichen Lebensweisen ein.

Aus der Arbeit des Versöhnungsbundes

Die Arbeit des Versöhnungsbundes für einen umfassenden Frieden setzt im persönlichen, gesellschaft-

lichen und politischen Bereich an. Friedensaktivismus und der Einsatz für Friedenspolitik spielen dabei eine zentrale Rolle.

Unter anderem engagierte sich der österreichische Versöhnungsbund für die Einführung von Zivildienst und Friedensdiensten und arbeitete aktiv an den Kampagnen für ein Verbot von Antipersonenminen und dem Nuklearwaffenverbot mit.

Friedenskultur

„Da Kriege im Geist der Menschen entstehen, muss auch der Frieden im Geist der Menschen verankert werden“, heißt es in der Verfassung der UNESCO. In diesem Sinne bemüht sich der Versöhnungsbund um die Förderung von Grundhaltungen und Werten, die unsere gegenwärtige Kultur des Krieges und der Gewalt überwinden.

Ein besonderes Anliegen ist dabei die Überwindung der Annahme, dass Gewalt ein sinnvolles oder sogar unverzichtbares Mittel zur Lösung von Konflikten darstellt. In diesem Sinne bietet der Versöhnungsbund Workshops an, organisiert Konferenzen und rückt das Thema mit gewaltfreien Aktionen und Medienkampagnen ins Licht der Öffentlichkeit.

Internationale Solidarität und Kooperation

Der Versöhnungsbund unterstützt gewaltfreie Initiativen in Kriegs- und Konfliktgebieten durch solidarische Anteilnahme und solidarisches Handeln, gegenseitige Besuche, Delegations- und Pilgerreisen, zur Vertiefung von Konfliktverständnis und Förderung der Zusammenarbeit.

Weiters entsendet er Friedensfachkräfte in Pilotprojekte der zivilen Konfliktbearbeitung, die als Vorbild

für die angestrebte Einführung Ziviler Friedensdienste dienen. Dabei kann die zivile Konfliktbearbeitung eine Fülle von Maßnahmen wie Menschenrechtsbeobachtung, Schutzbegleitung, anwaltschaftliche Fürsprache, Trainings, Mediation etc. beinhalten.

In Zusammenarbeit mit „Fellowship of Reconciliation Peace Presence“ ist der Versöhnungsbund in Kolumbien aktiv. Die internationalen Begleiter*innen unterstützen ländliche und städtische Gemeinden sowie Menschenrechtsverteidiger*innen, um sie vor Übergriffen und Menschenrechtsverletzungen zu schützen. Durch ihre Anwesenheit und ihre politische Unterstützung stärken und erweitern die Begleiter*innen den Handlungsspielraum jener Menschen, die das Recht auf Leben, Land und Würde verteidigen.

Im Rahmen des Ökumenischen Begleitprogramms für Palästina und Israel (EAPPI) unterstützt der Versöhnungsbund außerdem die Entsendung von Menschenrechtsbeobachter*innen in Dörfer und Städte im Westjordanland und nach Jerusalem, die besonders von der Gewalt der Besatzung betroffen sind, und bemüht sich um einen gerechten Frieden in Palästina und Israel, der von den Betroffenen selbst definiert wird, durch die Kooperation mit gewaltfreien Bewegungen vor Ort.

Des Weiteren unterstützt der Versöhnungsbund die Versöhnungsarbeit am Westbalkan durch eine enge Kooperation mit dem Centre for Nonviolent Action in Sarajevo und Belgrad, das sich durch Trainings, Erinnerungsarbeit mit Kriegsveteranen, sowie grenzüberschreitenden, interethnischen Aktivitäten in der gesamten Region einsetzt.

Friedensförderung und Demilitarisierung

Der Versöhnungsbund fördert eine aktive, gewaltfreie Friedenspolitik in Österreich, der Europäischen Union und darüber hinaus. Dazu gehören die strikte Ablehnung der Teilnahme an Kriegen und umfassende Abrüstung sowie eine pazifistische Außenpolitik, die in Konflikten deeskalierend wirkt und vermittelt. Ein mögliches Instrument dafür ist die Entsendung von Friedensfachkräften, die für einen gewaltfreien Umgang mit Konflikten ausgebildet sind. Darum setzt sich der Versöhnungsbund für die Einführung Ziviler Friedensdienste in Österreich und auf

EU-Ebene ein. Die aktive Beteiligung an der Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele ist ebenfalls ein Beitrag zur Überwindung von ökonomischen und ökologischen Ursachen von Krieg und Gewalt.

Wirtschaften für den Frieden

Als Beitrag zu den Bemühungen zur Einführung einer gerechten und ethisch vertretbaren Wirtschaft verfolgt der Versöhnungsbund das Ziel der Rüstungskontrolle und -konversion in Österreich, zum Beispiel durch Mitarbeit beim Rüstungsatlas Österreich.

Mitwirken

- **MITGLIED WERDEN!** – Als Mitglied beim Internationalen Versöhnungsbund, österreichischer Zweig, ein Zeichen für die Gewaltfreiheit setzen und an Veranstaltungen und Aktionen mitwirken.

Mitglieder des Versöhnungsbundes bekommen Anfang des Jahres den Jahresbericht und vierteljährlich die Zeitschrift „Spinnrad“ zugesandt.

- Mitgliedsbeitrag: €50, ermäßigt: €30 nach Selbsteinschätzung

- Bis 31. Oktober 2018 Mitglied werden und Hildegard Goss-Mayrs Buch „Der Mensch vor dem Unrecht. Spiritualität und Praxis - Gewaltlose Befreiung“ als Willkommensgeschenk erhalten!

- **SPENDEN!** - Eine Spende ermöglicht Arbeit für Frieden, Gerechtigkeit und Menschenrechte. Als unabhängiger Verein wird die Arbeit des Versöhnungsbundes zum größten Teil durch Beiträge und Spenden von Mitgliedern, Förderern und Förderinnen finanziert - dabei zählt jeder Beitrag!

- Möglichkeiten zur freiwilligen Mitarbeit können im Büro des Versöhnungsbundes erfragt werden.

INTERNATIONALER VERSÖHNUNGSBUND, IFOR
Lederergasse 23/3/27, A-1080 Wien, Austria
(+43) 01 / 408 53 32 office@versoehnungsbund.at

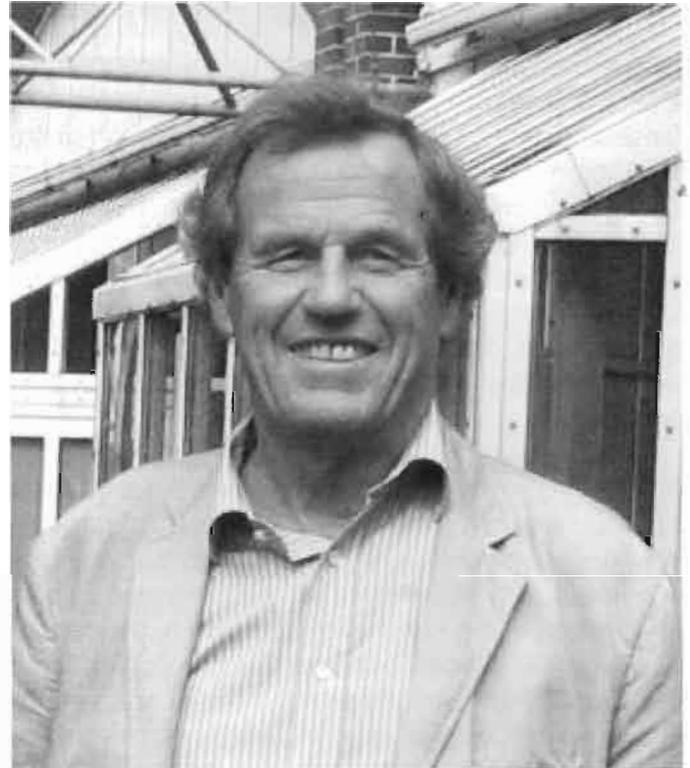
www.versoehnungsbund.at

www.facebook.com/IFOR.Austria

KONTOINFORMATION:

IBAN: AT94 6000 0000 9202 2553

**PETER STRUTYNSKI
DIE WELT VERÄNDERN, ...NICHT NUR INTERPRETIEREN**



Peter Strutynski

Die Sammlung enthält 31 Aufsätze aus der Fülle von Publikationen, die Peter Strutynski im Zeitraum von 1993 bis 2014 veröffentlicht hat.

Schwerpunkte dieser Arbeiten sind: Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Ökonomie am Ende des 20. Jahrhunderts, wesentliche Grundfragen der Geschichte der Arbeiterbewegung und der marxistischen Gesellschaftsanalyse, Analysen der Außen- bzw. „Sicherheitspolitik“ der Bundesrepublik Deutschland und ihrer NATO-Verbündeten und Partner seit dem Krieg gegen Jugoslawien 1999 und Positionsbestimmungen der Friedensbewegung im selben Zeitraum. In diesem „Lesebuch“ zur politischen Geschichte der letzten 25 Jahre erschließen sich wesentliche Einblicke ins gesamte Jahrhundert und helfen uns die Macht der mainstream-konformen Politikerklärungen und deren medienwirksame Präsentation zu hinterfragen. Die Sammlung der Aufsätze leistet einen Beitrag dazu, dass die Sicht der

Herrschenden und deren Bestreben unliebsame Tatbestände zu vertuschen verhindert wird.

Peter Strutynski (1945 bis 2015) studierte die Politischen Wissenschaften, Germanistik und Geschichte und arbeitete als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Lehrbeauftragter an der Universität Kassel. Ab den 90iger Jahren verlegte er den wissenschaftlichen Schwerpunkt von Arbeitspolitik auf Friedensforschung. 1981 war er Mitbegründer des Kassler Friedensforums, dem ab 1994 die jährlich abgehaltenen Friedenspolitischen Ratschläge an der Universität Kassel folgten, Veranstaltungen, in denen auch viele österreichische Friedensbewegte ihre Orientierung fanden, sowohl an den fundierten wissenschaftlichen Referaten und Publikationen als auch an den jeweils aktuellen öffentlichen Aktionen und Appellen.

KOFI ANNAN (1938-2018)

Peter Strutynski fühlte sich stets der marxistischen Auffassung verpflichtet, die wissenschaftliche Sorgfalt mit politischem Handeln zu verbinden. Diese marxistische Wissenschaftlichkeit wäre als Grundlage für Friedensforschung auch weiterhin dringend gefordert. Vor 20 Jahren publizierte Strutynski z.B. seinen Aufsatz „Vordenker der Globalisierung – 150 Jahre Kommunistisches Manifest“, auch heute und in künftigen Jubiläen wäre das ein unverzichtbarer Text.

Der Österreichische Friedensrat dankt Peter Strutynskis Frau Erika Wittlinger-Strutynski und Franz Ritter für die Auswahl dieser Aufsätze, sie bedeutet einen wertvollen Beitrag gegen mainstreamige Manipulation und ermahnt zu politischer Wissenschaftlichkeit und solidarischer Haltung.

Elke Renner

Der ghanaische Diplomat und ehemalige UN-Generalsekretär starb am 18. August 2018 in Bern. 1962 begann Kofi Annans berufliche Zeit bei den Vereinten Nationen. Er widmete sich zunächst Aufgaben im Verwaltungs- und Finanzbereich sowie ab 1993 der Koordinierung von Friedenseinsätzen der UNO. Am 1. Jänner 1997 trat Annan als 7. Generalsekretär der Vereinten Nationen sein Amt an, welches zwei Amtsperioden bis zum 31. Dezember 2006 dauerte. Annan setzte sich für Frieden, Entwicklung und Menschenrechte ein. 2001 bekam er zusammen mit der UNO den Friedensnobelpreis zuerkannt. 2007 gründet er die Kofi Annan Foundation, 2013 erscheint seine Autobiographie „Interventions: A Life in War and Peace.“

(MS)

Peter Strutynski: Die Welt verändern, ...nicht nur interpretieren. Gesammelte Aufsätze Erika Wittlinger-Strutynski und Peter Ritter (Hrsg.), 340 Seiten, kartoniert Junior Verlag Kassel 2017. ISBN: 978-3-95978-049-0



Terminankündigung

Bundesweiter und Internationaler 25. Friedensratschlag Kassel

Samstag 1. Dezember und
Sonntag 2. Dezember 2018

Universität Kassel,
Wilhelmshöher Allee 73, 34121 Kassel

Nähere Informationen und Programm Anfang
Oktober unter www.Friedensratschlag.de

Frieden im Nahen Osten ist möglich URI AVNERY (1923-2018)

Uri Avnery wurde am 10. September 1923 in Deutschland geboren und wanderte 1933 nach Palästina aus. Er gehörte einer Untergrundarmee an, die gegen das britische Mandat und für die militärische Sicherung Israels kämpfte. Im Palästinerkrieg 1948 gehörte er einer Kommandoeinheit an und wurde zweimal verwundet. Avnery änderte seine Sichtweise und vertrat seit 1948 die These von zwei nebeneinander existierenden Staaten Israel und Palästina in einer friedlichen Entwicklung. Er traf 1982 im Libanonkrieg Jassir Arafat und beteiligte sich 1974 an ersten geheimen Kontakten Israels zur PLO. Avnery war über 10 Jahre hinweg Abgeordneter der Knesset. Er gründete 1975 den Israelischen Rat für Israelisch-Palästinensischen Frieden und 1993 die Friedensbewegung Gush Shalom mit. Avnery starb am 20. August 2018.

Neben vielen anderen Auszeichnungen erhielt er 1998 den Kreisky-Preis für Verdienste um die Menschenrechte und 2001 den alternativen Nobelpreis (Ehepaar Avnery und Gush Shalom).

(MS)

Nord/Südkorea: Bewegung nach Staatsbesuch

Ein Besuch des südkoreanischen Staatspräsidenten Moon Jae-in in der nordkoreanischen Hauptstadt Pjöngjang brachte neue Hoffnung auf weitere Entspannung und Abrüstung. Bei einem Gipfelgespräch am 19. August 2018 wurden konkrete Projekte für eine weitere Annäherung verkündet. In einer besonders freundlichen Atmosphäre gab es weitgehende Vereinbarungen, die natürlich auch umgesetzt werden müssen.

Nordkoreas Machthaber Kim Jong-un sprach von einem fortgesetzten Abbau des Raketentestkomplexes in Sohae an der Westküste unter internationaler Beobachtung. Von diesem Testgelände wurden auch die Raketen mit interkontinentaler Reichweite (gegen Ziele in den USA) getestet. Auch im Atomkomplex von Yongbyon sollen verschiedene Einrichtungen demontiert werden. Unter anderem befinden sich dort ein Atomreaktor, eine Wiederaufbereitungsanlage für die Erzeugung von Plutonium und ein Werk für die Urananreicherung. Letzteres Vorhaben machte Kim Jong-un von „entsprechenden Maßnahmen“ der USA abhängig. Die Verteidigungsminister beider Staaten schlossen ein Abkommen zur Verringerung der Spannungen an den Land- und Seegrenzen ab. Manöver und Schießübungen an den Grenzen sollen ausgesetzt, Marineaktivitäten im Gelben Meer zurückgefahren und eine Puffer- und Flugverbotszone beiderseits der Grenzen eingerichtet werden.

In dieser „Erklärung von Pjöngjang“ wurden weitere Kooperationen vereinbart. Wirtschaftliche und touristische Aktivitäten, besonders in der Industriezone Kaesong, sollen wieder aufgenommen werden. Dafür sind die Reparatur bzw. der Ausbau von Straßen- und Bahnverbindungen im Grenzraum nötig. Beide Staaten wollen ein Konzept für eine gemeinsame Bewerbung bei der Sommerolympiade 2032 ausarbeiten. Ein weiterer Gipfel könnte zeitnah in Seoul stattfinden.

Sollten die Abrüstungsmaßnahmen eine Chance auf Umsetzung haben, müssen auch die USA mit entsprechenden Angeboten ein Klima des Vertrauens

schaffen. US-Präsident Donald Trump twitterte über den Gipfel: „sehr aufregend“. US-Außenminister Mike Pompeo stellte Gespräche am Rande der UN-Generalversammlung in Aussicht. Ebenso könnten schon bald Verhandlungen auf hoher Beamtenebene bei der Atomenergiebehörde in Wien bezüglich des technischen Prozedere und des Einsatzes internationaler Inspektoren beginnen. Überhaupt böte sich Wien als zentraler Begegnungsort für den nordkoreanischen Abrüstungsprozess an. Auch ein weiteres Treffen auf höchster Ebene zwischen Kim Jong-un und Donald Trump steht hier im Raum. Nach der bereits erfolgten Stilllegung eines Atomtestgeländes in Nordkorea wäre es ein wichtiger und logischer Schritt für eine ernstgemeinte Abrüstungsbereitschaft, wenn Nordkorea möglichst bald dem Atomteststoppabkommen (CTBT) beitrifft.

Redaktionsschluss 22.9.2018
(MS)

Alternativnobelpreis 2018 vergeben

Die schwedische Right-Livelihood-Stiftung hat folgende Personen ausgezeichnet:

Drei Menschenrechtsaktivisten aus Saudi-Arabien, Abdullah al-Hamid und Mohammad Fahad al-Kah-tani für ihren Einsatz für eine pluralistische Gesellschaft und für Frauenrechte in ihrem Land, sowie den Anwalt Waleed Abu al-Chair, der es gewagt hatte einen Inhaftierten zu verteidigen. Alle drei sind mit Strafen von 10 – 15 Jahren derzeit in Haft. Für innovative Methoden in der Landwirtschaft wurden Tony Rinaudo (Australien) und Yacouba Sawadogo (Burkina Faso) ausgezeichnet. Den Ehrenpreis erhielten Thelma Aldana (Guatemala) und Iván Velásquez (Kolumbien) für ihren Einsatz gegen Korruption. Die Verleihung erfolgt am 23. November 2018 in Stockholm.

Kein Krieg im Weltall ! Neue US-Rüstungsinitiative für den Welt- raum höhlt geltendes Recht aus

Anfang Juli 2018 hat der Militärausschuss des US-amerikanischen Repräsentantenhauses die Aufstellung eines US Space Corps im Jahr 2019 angekündigt. Zuvor hatten US-Präsident Trump und sein Vizepräsident Pence die Notwendigkeit einer stärkeren militärischen Präsenz der USA im Welt-
raum gefordert. Die USA müsse wieder die Domi-
nanz im Weltraum erlangen. Verschiedene feindlich
gesinnte Staaten, wie Russland, China oder der Iran,
würden an Waffensystemen bauen, die Militärsatelli-
ten der USA gefährden könnten. Ob über elektroni-
sche und waffentechnische Schutzmaßnahmen
hinaus auch „Weltraumsoldaten“ geplant sind, blieb
unklar. Vielen ist noch die „Strategic Defense Initia-
tive SDI“ von Ronald Reagan in Erinnerung, bei der
Laserwaffen aus dem Weltraum Atomraketen wäh-
rend des Fluges zerstören sollten. Für die ersten
Schritte in den kommenden fünf Jahren ist ein Bud-
get von acht Milliarden US-Dollar vorgesehen. Das
neue Kommando wäre neben Armee, Luftwaffen,
Marine, Marineinfanterie und der Küstenwache die
sechste Teilstreitkraft der USA.

Das Weltraumrecht von 1967 fordert die Staaten zur
friedlichen Nutzung des Weltalls, zumindest aber zu
nicht aggressiven und zurückhaltenden militärischen
Aktivitäten auf. Schon heute gibt es viele militärische
Satelliten zahlreicher Staaten mit Kommunikations-
Navigations- und Spionageaufgaben. Grundsätzlich
steht der Weltraum allen Staaten offen, und auch
eine konventionelle militärische Nutzung ist möglich.
Sollten aber Staaten sich gegenseitig ihre Satelliten
abschießen, wären schwere politische Krisen und
eine neue Kriegsgefahr die Folge. Dazu käme es zu
einer großen Anhäufung von Weltraumschrott, wie
eine absichtliche Satellitenzerstörung Chinas im
Rahmen eines Anti-Satellitenraketen-Tests 2007 dra-
matisch zeigte. Lediglich eine Stationierung von
Massenvernichtungswaffen, insbesondere von Atom-
waffen, ist verboten. Ein Rüstungswettlauf im Welt-
raum wäre ganz sicher nicht im Geiste des
Weltraumrechts.

Gefährliche Krisenberichterstattung

Reporter ohne Grenzen dokumentiert die riskante
Berufsausübung, besonders in Krisen- und Kriegs-
gebieten. Seit 1. Januar .2018 wurde folgendes fest-
gestellt:

Getötet: 53 Journalisten_innen, 3 Medienassisten-
ten_innen, 10 Online-Aktivisten_innen.
Verhaftet: 159 Journalisten_innen, 19 Medienassi-
stenten_innen, 143 Online-Aktivisten_innen.

Atomwaffen 2018

Das schwedische Friedensforschungsinstitut SIPRI
hat in seinem Jahresbericht 2018 den vermuteten
Bestand an Atomwaffen-Sprengköpfen wie folgt aus-
gewiesen:

Russland: 6.850, USA: 6.450, Frankreich: 300, VR
China: 280, Großbritannien: 215, Pakistan: 150,
Indien: 140, Israel: 80, Nordkorea: 20.

Der Stand mit Redaktionsschluss (22.9.2018) für den
Atomwaffenverbotsvertrag wurde von ICAN-Öster-
reich (International Campaign to Abolish Nuclear We-
apons, Friedensnobelpreis 2017) so dokumentiert:
Den Vertrag unterzeichnet haben 60 Staaten, ratifi-
ziert wurde er von 16 Ländern (inkl. Vatikan).

Aktuelle letzte Meldung aus New York

Im Rahmen der UN-Generalversammlung und des
UNO-Tages für das Verbot von Atomwaffen am 26.
September erfolgte eine Zeremonie mit hohem Be-
sucherandrang. Dabei unterzeichneten weitere neun
Staaten den Atomwaffenverbotsvertrag (aktuell 69):
Seychellen, Antigua&Barbuda, Brunei, Timor-Leste,
Myanmar, Benin, Guinea-Bissau, Angola und St.
Lucia. Weiters hinterlegten 4 Ländervertreter ihre Ra-
tifikationsurkunden (aktuell 19): Samoa, Vanuatu,
Gambia, San Marino . Die Urkunde von Guinea-Bis-
sau wurde angekündigt.

Ein großartiger Erfolg ein Jahr nach Vorlage des Ver-
botsvertrages.

Wiener Friedensbewegung/Solidarwerkstatt Linz

Fr. 26. Oktober 2018, 13-16 Uhr, Josef Meinrad-Platz/Burgtheater

Neutralitätsaktion zum Jahrestag der Beschlussfassung der Immerwährenden Neutralität Österreichs

SADOC

Favoritenstraße 38/Stiege 18/1, 1040 Wien

Forum

Do. 18. Oktober 2018, 19 Uhr Südafrika 2018 – Beobachtungen eines politisch engagierten Zeitgenossen, Horst Kleinschmidt, Kapstadt

Do. 15. November 2018, 19 Uhr Film Harald Payer: Ein Forscher zu **Felsmalereien in Namibia**, Einleitung: Andreas Burghofer

Do. 20. Dezember 2018, 19 Uhr **100. Ausgabe von INDABA**. Präsentation der 100. Ausgabe mit Persönlichkeiten der ersten Stunde

Impressum:

MedieninhaberIn, HerausgeberIn, VerlegerIn: Verein „Unterstützungsausschuss zur Förderung der Österreichischen Friedensbewegung“. ZVR-Zahl 223988557
 alle: 1170 Wien, Rosensteingasse 69/6
 Gestaltung dieser Ausgabe: Manfred Sauer (MS), Elke Renner (ER)
 Layout: Lucia Hämmerle
 Druck: Resch Druck, 1150 Wien

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz, EigentümerIn zu 100% Verein „Unterstützungsausschuss zur Förderung der Österreichischen Friedensbewegung“.
 Blattlinie: Die Zeitung ist Organ des oben genannten Vereines. Sie tritt in ihren Artikeln für Frieden, Abrüstung, Völkerverständigung und soziale Gerechtigkeit ein.
 Diese Zeitschrift ist eine Plattform für den Dialog zu aktuellen Fragen der Friedenspolitik.

Kostenbeiträge: Österreichischer Friedensrat
ÖFR, UniCredit/Bank Austria BIC: BKAUATWW
IBAN: AT15 1100 0002 6371 8900

Friedensinitiative 22

Donaucitykirche, Donaucitystraße 2, 1220 Wien, Pfarrzentrum (U1 Kaisermühlen/VIC)

Di. 13. November 2018, 19 Uhr „**Grenzen – räumliche und soziale Trennlinien im Zeitlauf**“, Buchpräsentation, Prof. Dr. Andrea Komlosy

Di. 11. Dezember 2018, 19 Uhr **Einblicke in die österreichische Rüstungsindustrie**. Über die Erstellung eines Rüstungsatlas Österreich, Lucia Hämmerle (Internationaler Versöhnungsbund)

Bundesausschuss Friedensratschlag

Bundesweiter und Internationaler 25. Friedensratschlag Kassel

Samstag 1. Dezember/Sonntag 2. Dezember 2018

Universität Kassel, Wilhelmshöher Allee 73, 34121 Kassel

Nähere Informationen und Programm Anfang Oktober unter www.Friedensratschlag.de

betrifft frieden Jahresbezug (4 Ausgaben) Euro 16.-- (ermäßigt nach Rücksprache) Euro 10.--
ÖFR-MB Euro 24.-- (erm. 15.--)

ÖFR, IBAN: AT15 1100 0002 6371 8900

BIC: BKAUATWW Kennwort: Zeitung

DANKE FÜR IHREN FINANZIELLEN BEITRAG

Mitteilungen an ÖFR, Rosensteingasse 69/6, 1170 Wien, pax.vienna@chello.at

Bitte teilen Sie uns Adressänderungen mit.

BETRIFFT FRIEDEN Nr. 3/2018 P.b.b. 11Z039021M 1170 Wien

Unzustellbare Exemplare bitte an:
Wiener Friedensbüro, 1050 Wien,
Reinprechtsdorfer Str. 6/2